



Rendsburg, den 1. Juni 2022

Antrag zur Sitzung des Kreistags am 13. Juni 2022

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, SSW und WGK
beantragen folgende

Resolution des Kreistags:

Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde fordert die Bundesregierung auf, zu dem politischen Versprechen aus Oktober 2020 zu stehen, sich an den Kosten der Schleisanierung am südlichen Ende der Schlei (Wikingeck) zu zwei Dritteln zu beteiligen.

Begründung:

Die Schlei ist eine Bundeswasserstraße, die sich zwischen den Kreisen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde schlängelt. Die Gewässerqualität der Schlei ist in einem Besorgnis erregenden Zustand. Hinzu kommen Schadstoffeinträge aus den Sedimenten am südlichen Ende der Schlei, im Bereich des Wikingecks. Hier werden seit mehreren Jahrzehnten in größeren Mengen Teeröle in die Schlei freigesetzt. Die Schadstoffeinträge rühren aus Rückständen einer ehemaligen Teerpappenfabrik her.

Die Schlei ist die Lebensader der touristisch und landwirtschaftlich geprägten Schleiregion. Von einer guten Gewässerqualität hängt eine ganze Region wirtschaftlich ab. Nur bei guter Gewässerqualität bleibt die Schlei Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Jahrelange Streitigkeiten um die Zuständigkeiten hatten zunächst eine Lösung zur Sanierung der Schlei am Wikingeck blockiert. Im Jahr 2020 gelang es erstmals, dass sich alle Beteiligten Stadt Schleswig, Kreis Schleswig-Flensburg, Land Schleswig-Holstein und vor allem das Bundesverkehrsministerium an einen Tisch setzten und

sich auf ihre jeweiligen finanziellen Beiträge verständigten, um zu einer Lösung für heutige und künftige Generationen der Bewohner der Schlei-Region zu finden. Der Bund als Eigentümer eines Großteils der zu sanierenden Wasserbereiche hat im Oktober 2020 durch den damaligen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium zugesagt, die Sanierungskosten zu 2/3 zu tragen. Jetzt, wo die Planungen für die Durchführung der Sanierung abgeschlossen sind und die Umsetzung starten kann, sind die versprochenen Bundesmittel bisher noch nicht in den finanziellen Planungen des Bundesverkehrsministeriums verankert. Erste Presseberichte spekulieren über einen Rückzug des Bundes aus dem für die Region so wichtigen Sanierungsvorhaben (u.a. Bericht des NDR vom 20. Mai 2022: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Wikingeck-Sanierung-Wieder-alles-offen,wikingeck130.html>).

Der Kreistag fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing auf, die Förderzusage des Bundes einzuhalten und zum Wohle der Menschen in der Schlei-Region die versprochenen Bundesmittel für die Sanierung zur Verfügung zu stellen. Auch die Bundesregierung hat ein politisches Interesse daran, von den Bürgerinnen und Bürgern als verlässlicher Partner und Gewässereigentümer in der Region wahrgenommen zu werden und den versprochenen Beitrag zur Schlei-Sanierung zu leisten.

Christine von Milczewski
Lukas Strathmann
(für die Fraktion
Bündnis90/Die Grünen)

Tim Albrecht
(für die CDU-Fraktion)

Iris Ploog
(für die SPD-Fraktion)

Michael Schunck
(für die SSW-Fraktion)

Dr. Andres Höpken
(für die WGK-Fraktion)